

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

	Wortlaut des Antrages:	Empfehlung der Antragsberatungskommission:	Beschluss der RDV:
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35	<p style="text-align: center;">Für eine Erneuerung der Politik</p> <p>Deutschland befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit 50 Jahren. Ein grundlegendes Umsteuern der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik in Richtung auf einen nachhaltigen Weg aus der Krise ist bisher nicht zu erkennen. Mit Milliarden Steuergeldern wurde ein Rettungspaket für die Banken verabschiedet, eine grundlegende globale Finanzmarkt-reform ist bisher gescheitert. Das Ergebnis der Bundestags-wahlen und der Koalitionsvertrag der neuen Regierung lassen zudem befürchten, dass auch in der Wirtschaftspolitik anstelle notwendiger stärkerer Regulierungen durch den Staat die mit der Krise offensichtlich gescheiterte Markt-Ideologie weiter vorherrschend sein wird. Statt die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken, machen die Steuersenkungspläne der Regierung den Staat zunehmend handlungsunfähig. Die Pläne zur künftigen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversi- cherung werden die Arbeitnehmerinnen zusätzlich belasten. Die Arbeitgeber hingegen werden verschont. Das wird die Umverteilung von untern nach oben verschärfen statt sie ab- zubauen.</p> <p>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie diejenigen, die von Sozialleistungen abhängig sind, dürfen nicht zu den Opfern der Krise werden.</p> <p>Die Verursacher der Krise, die von den alten Strukturen profi- tiert haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Ho- he Steuern auf hohe Einkommen, große Erbschaften und ho- he Kapitalerträge sowie die Wiedereinführung der Vermö- genssteuer gehören dazu ebenso wie die Erhebung einer Fi- nanztransaktionssteuer.</p> <p>Gute Arbeit muss Leitbild für eine gerechte Arbeitswelt wer- den.</p> <p>Wir setzen uns ein für existenzsichernde Arbeitsverhältnisse. Von Arbeit muss man leben können. Wir fordern ein Zurück- drängen des Niedriglohnbereichs. Trotz gegenteiliger Be- schlüsse der neuen Regierung werden wir uns nachdrücklich für tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne, für eine Regulie-</p>	<p>Annahme</p>	<p><input type="radio"/> Annahme</p> <p><input type="radio"/> Annahme mit Änderung</p> <p><input type="radio"/> Ablehnung</p> <p><input type="radio"/> Material an:</p>

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74	<p>36 rung der Leiharbeit und für eine Reduzierung der 400 Euro- 37 Jobs einsetzen. Befristungen müssen erschwert werden. 38 Es ist Aufgabe der Politik, für Gerechtigkeit in der Arbeitswelt 39 zu sorgen, sonst wenden sich Menschen vom demokrati- 40 schen System ab. Die niedrige Wahlbeteiligung der letzten 41 Bundestags- und Landtagswahlen muss von der Politik als 42 Warnsignal begriffen werden. Zukunftssichernde Wirt- 43 schaft- und Strukturpolitik 44 Deutschland steht vor großen industriepolitischen Herausfor- 45 derungen. Die exportorientierten Industrien, die bisher Garan- 46 ten des Wohlstands waren, drohen in der Krise wegzubre- 47 chen oder teilweise ins Ausland verlegt zu werden. Deshalb 48 muss Politik dazu beitragen, die Wirtschaft zukunftsfest zu 49 machen. Dazu gehört die Förderung von Forschung und Ent- 50 wicklung und die Unterstützung von Umstrukturierungen 51 ebenso wie eine Unterstützung von durch die Krise betroffene- 52 nen Unternehmen durch Kredite, Bürgschaften oder Zu- 53 schüssen. Wirtschaftsförderung muss allerdings an die Krite- 54 rien guter Arbeit geknüpft und auf die Durchsetzung von Tarif- 55 treue und Mitbestimmung ausgerichtet sein. 56 In der Krise muss die Beschäftigung in den Betrieben gehal- 57 ten werden. Dazu sind die Möglichkeiten der Kurzarbeit voll 58 auszuschöpfen. Wir fordern, notfalls diese Möglichkeit noch 59 einmal zu verlängern. Zudem muss Kurzarbeit stärker als 60 bisher für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt wer- 61 den. 62 Vor allem aber muss massiv in Bildung - von der frühkindli- 63 chen Bildung bis zur Hochschulausbildung – und berufliche 64 Aus- und Weiterbildung investiert werden. Die von der Bun- 65 desregierung beschlossenen 12 Milliarden Euro reichen nicht 66 aus, den notwendigen Nachholbedarf zu decken. Unabhängi- 67 ge Wissenschaftler gehen von mindestens 35 Milliarden aus. 68 Falls die Unternehmen im nächsten Jahr ihre Ausbildungsak- 69 tivitäten zurückfahren, müssen sie über eine Ausbildungsab- 70 gabe in die Verantwortung genommen werden. 71 Zur Reduzierung der hohen Exportabhängigkeit der deut- 72 schen Wirtschaft ist eine Stärkung des Binnenmarktes not- 73 wendig. Öffentliche Investitionsprogramme von Bund, Län- 74 dern und Gemeinden – z.B. Durch die Förderung der ökologi-</p>		
--	--	--	--

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

<p>75 schen Bausanierung- sind dazu ebenso notwendig wie eine 76 Stärkung der Sozialsystem und die Anhebung von Transfer- 77 leistungen. 78 Finanzielle Basis für einen handlungsfähigen Staat schaf- 79 fen 80 Zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die öf- 81 fentlichen Haushalte eine ausreichende finanzielle Basis ha- 82 ben. Dies ist in vielen Ländern und Gemeinden und insbe- 83 sondere im Bundesland Bremen schon seit Jahren nicht mehr 84 der Fall. 85 Durch die Steuerpläne der neuen Regierung kommen auf 86 Bremen zudem Steuerausfälle im dreistelligen Millionenbe- 87 reich zu. Absehbar ist, dass diese Steuersenkungen nicht den 88 von der Regierung erhofften Beitrag zur Überwindung der 89 Wirtschaftskrise leisten wird. Vielmehr drohen weitere Ein- 90 schnitte im Personalbestand des Öffentlichen Dienstes und 91 bei den Sozialleistungen. Damit wird der Staat zu einem Zeit- 92 punkt handlungsunfähig gemacht, zu dem dringend staatli- 93 ches Handeln gegen die Krise erforderlich ist. Soziale Un- 94 gleichheit wird verschärft, statt sie abzubauen. Wir erwarten 95 deshalb von der Bremer Politik, dass sie sich einmütig gegen 96 die Steuersenkungspläne der Bundesregierung stellt. 97 Für eine breite öffentliche Debatte zur Zukunft des Lan- 98 des Bremen 99 Die Haushaltsnotlage des Landes, verschärft durch die mit 100 der „Schuldenbremse“ verbundenen Verpflichtungen zur Er- 101 stellung eines ausgeglichenen Haushalts stellt die Frage nach 102 der weiteren Entwicklung Bremens. Vereinzelt haben die Dis- 103 kussionen darüber bereits begonnen (Senator für Umwelt, 104 Bau, Verkehr und Europa, Handelskammer und CDU/FDP). 105 Es ist Zeit, dass wir uns als Gewerkschaften in diese Debat- 106 ten einschalten. 107 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bilden nicht nur die 108 Mehrheit der Bevölkerung in unseren beiden Städten, ihre 109 Arbeit ist auch die Grundlage für Wohlstand und Leistungsfä- 110 higkeit des Gemeinwesens. Wir bieten allen gesellschaftli- 111 chen Kräften in diesem Land an, mit uns unsere Vorstellungen 112 über die Zukunft Bremens und Bremerhavens zu disku- 113 tieren. Wie wollen wir in Bremen wohnen und arbeiten? Wie</p>		
--	--	--

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

<p>114 kann die Umsetzung guter Arbeit in den Betrieben und Ver- 115 waltungen unterstützt werden? Wie kann die Industrie- und 116 Wirtschaftsstruktur zukunftssicher weiterentwickelt werden? 117 Wie wird die soziale Spaltung in unseren Städten überwun- 118 den? Wie sichern wir gute Entwicklungsmöglichkeiten für un- 119 sere Kinder und Jugendlichen? Wie sichern wir gute Le- 120 bensmöglichkeiten für Ältere? Wie machen wir Bremen zu- 121 kunftsfest? 122 Die Region stärken 123 Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, die in Bremen arbei- 124 ten, wohnen in der Region und umgekehrt, mehr als die Häl- 125 fte der Auszubildenden in Bremen kommt aus dem Umland. 126 Deshalb ist klar, dass Bremen und Bremerhaven nur in der 127 und mit der Region leben können. Durch die neue DGB- 128 Region wird dieser Zusammenhang künftig auch noch stärker 129 als bisher die gewerkschaftliche Arbeit bestimmen. 130 Die Regionsdelegiertenversammlung fordert den neuen 131 Regionsvorstand der DGB-Region Bremen/ Elbe-Weser 132 auf, diesen Diskussionsprozess unter breiter Beteiligung 133 der Gewerkschaftsmitglieder zu Beginn des nächsten 134 Jahres zu organisieren. 135 Dabei soll eng mit den Arbeitnehmereinrichtungen und 136 gewerkschaftsnahen Institutionen (Arbeitnehmerkammer, 137 Arbeit und Leben, Hans-Böckler-Stiftung) zusammen ge- 138 arbeitet und der Dialog mit allen interessierten Bremer 139 Organisationen und Institutionen sowie dem Senat und 140 dem Parlament gesucht werden. 141 Ausdrücklich fordert die Regionsdelegiertenversamm- 142 lung den Regionsvorstand auf, einen ähnlichen Diskus- 143 sionsprozess auch in den niedersächsischen DGB – 144 Kreisen in die Wege zu leiten und organisatorisch zu un- 145 terstützen. 146 Ziel soll sein, im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen 147 Bündnisses für eine soziale Entwicklung und den Zu- sammenhalt in Bremen und in der Region einzutreten.</p>		
--	--	--